# Stenographisches Protokoll.

## 11. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

### Mittwoch, den 12. Jänner 1921.

**Tagesordnung:** 1. Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über die Vorlage der Bundesregierung, betreffend das österreichisch-deutsche Wirtschaftsabkommen vom 1. September 1920 (117 der Beilagen). — 2. Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über die Zuschrift des Bundeskanzlers vom 26. November 1920, Z. 1883/3 B. K., betreffend das provisorische Handelsübereinkommen zwischen dem Königreiche Rumänien und der Republik Österreich und das Abkommen zwischen dem Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen und der Republik Österreich über die provisorische Regelung der beiderseitigen Handelsbeziehungen (118 der Beilagen). — 3. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung, betreffend das Bundesgesetz zur Durchführung des V. Teiles und des Artikels 184 des Staatsvertrages von Saint Germain (115 der Beilagen).

## Inhalt.


### Personalien.

Abwesenheitsanzeige (Seite 311).

Urlaubsbewilligungen (Seite 311).

### Erklärung

des Bundeskanzlers Dr. Mayr über die politische und wirtschaftliche Lage des Bundesstaates ([Seite 314] — Antrag des Abgeordneten Dr. Otto Bauer auf Eröffnung einer Debatte [Seite 325] — Ablehnung des Antrages [Seite 325]).

### Zuschrift der Bundeskanzlei,

betreffend die in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1920 auf Grund des Gesetzes vom 24. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 307 (Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz) erlassenen Vollzugsanweisungen (Seite 312).

### Zuschriften der Bundesregierung,

betreffend die Gesetzentwürfe:

1. womit das Gesetz, betreffend die Stellung der Pferde und Fuhrwerke außer Kraft gesetzt wird (116 der Beilagen [Seite 311]);

2. über die Festsetzung der Punzierungsgebühren (119 der Beilagen [Seite 311]);

3. betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen des vom Lande Salzburg auf Grund des von der Bundesregierung genehmigten Landtagsbeschlusses vom 10. Juni 1920 aufgenommenen

Anlehens im Nennbetrage von 55 Millionen Kronen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungen, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (120 der Beilagen [Seite 312]);

4. über die Bestrafung der Preistreiberei, des Schleichhandels und anderer ausbeuterischer oder die Versorgung der Bevölkerung gefährdender Handlungen (Preistreibereigesetz) (121 der Beilagen [Seite 312]);

5. mit welchem einige Bestimmungen zur Beschleunigung und Vereinfachung des Strafverfahrens der politischen Behörden und der Bundespolizeibehörden (Verwaltungsstrafverfahrensnovelle) (122 der Beilagen [Seite 312]).

## Verzeichnis

der in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1920 von den Staatsämtern auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes erlassenen Vollzugsanweisungen ([Seite 312] — Zuweisung an die Ausschüsse [Seite 314]).

## Hauptausschuß.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Niederlegung des Mandates als Mitglied des Hauptausschusses seitens des Abgeordneten Hauser und die Einberufung des Ersatzmannes Abgeordneten Dr. Aigner an dessen Stelle (Seite 311).

## Verhandlungen.

Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über die Vorlage der Bundesregierung (93 der Beilagen), betreffend das österreichisch-deutsche Wirtschaftsabkommen vom 1. September 1920 (117 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Wunsch [Seite 318] — Annahme des Antrages des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten [Seite 318]);

Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über die Vorlage der Bundesregierung (56 der Beilagen), betreffend die Zuschrift des Bundeskanzlers vom 26. November 1920, Z. 1883/3 B. K., über das provisorische Handelsübereinkommen zwischen dem Königreiche Rumänien und der Republik Österreich und das Abkommen zwischen dem Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen und der Republik Österreich über die provisorische Regelung der beiderseitigen Handelsbeziehungen (118 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Volker [Seite 318] — Annahme des Antrages des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten [Seite 319]);

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung, betreffend das Bundesgesetz zur Durchführung des V. Teiles und des Artikels 184 des Staatsvertrages von Saint Germain (115 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Buresch [Seite 320 und 324], die Abgeordneten Baumgärtel [Seite 321], Dr. Danneberg [Seite 322] — Annahme des Gesetzes in zweiter Lesung [Seite 325]).

## Ausschüsse.

Überweisung des seinerzeit dem Finanz- und Budgetausschusse zugewiesenen Antrages (30 der Beilagen) an die Bundesregierung zur Würdigung (Seite 311).

---

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

### Anträge

1. der Abgeordneten Dr. Zeidler, Emmy Stradal und Genossen, betreffend die Systemisierung einiger Stellen an der Kunstschule für Frauen und Mädchen (127 der Beilagen);

2. des Abgeordneten Dr. Zeidler und Genossen, betreffend Gewährung eines Notstandskredits an die Stadtgemeinde Marchegg (128 der Beilagen);

3. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend eine Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die handelsgerichtliche Protokollierung (129 der Beilagen);

4. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Errichtung von Volksbanken (130 der Beilagen).

5. der Abgeordneten Dr. Schürff, Lackner, Dr. Waneck und Genossen, betreffend die Einsetzung eines 13gliedrigen Untersuchungsausschusses zum Zwecke der Überprüfung der Verhältnisse in der ehemaligen Staatsfabrik Blumau (131 der Beilagen);

6. der Abgeordneten Dr. Danneberg, Domes, Schiegl Sever, Widholz und Genossen auf Herabsetzung der Einkommensteuer (132 der Beilagen);

7. des Abgeordneten Dr. Buresch und Genossen auf Abänderung einer Bestimmung des Gesetzes über die einmalige große Vermögensabgabe (133 der Beilagen);

8. der Abgeordneten Bichl, Lump, Wimmer und Genossen, betreffend die Wiedereinführung der ermäßigten Bahnfrachten für die Beförderung von Zucht- und Weidevieh (134 der Beilagen);

9. der Abgeordneten Weiser, Strunz und Genossen auf Fertigstellung des Linzer Hauptbahnhofes (135 der Beilagen);

10. der Abgeordneten Bichl, Wimmer und Genossen, betreffend die staatliche Förderung des Zuckerrübenbaues (136 der Beilagen).

## Anfragen

1. des Abgeordneten Johann Gürtler und Genossen an den Bundesminister für Finanzen über das Vorgehen der Steuerstrafabteilung in Stein (Anhang I, 44/I);

2. des Abgeordneten Dr. Zeidler und Genossen an die Regierung, betreffend Ausfuhrbewilligung von Pferden (Anhang I, 45/I);

3. der Abgeordneten Dr. Waneck, Dr. Frank, Dr. Schürff und Genossen an den Bundeskanzler und Minister für Auswärtiges, betreffend die gesetz- und rechtswidrige Verhaftung, Verschleppung und Einkerkerung des Pfarrers Nikolaus Wachter durch magyarische Offiziere (Anhang I, 46/I);

4. der Abgeordneten Dr. Waneck, Pauly, Dr. Frank und Genossen an den Bundesminister für Inneres und Unterricht, betreffend die gesetzwidrige Aufnahme von Ostjuden in den österreichischen Staatsbürgerverband (Anhang I, 47/I);

5. der Abgeordneten Dr. Deutsch, Sever und Genossen an den Bundesminister für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, betreffend die Freigabe von Munitionsbestandteilen für den Auslandsverkehr (Anhang I, 48/I);

6. der Abgeordneten Weiser, Strunz und Genossen an den Bundesminister für Verkehrswesen, betreffend Übelstände bei der Bahnunterfahrt in Kilometer 183·3 der Linie Wien—Salzburg (Anhang I, 49/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 12. Jänner 1921:

die Regierungsvorlagen 54, 116, 119, 120, 121 und 122 der Beilagen;

die Anfragebeantwortungen 2, 3, 4, 5 und 6;

die Anträge 95 bis 100, 108 bis 114 der Beilagen.

---

# Beginn der Sitzung: 3 Uhr 10 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. **Weiskirchner**, zweiter Präsident **Seitz**, dritter Präsident Dr. **Dinghofer**.

Schriftführer: **Sever, Bösch**.

Bundeskanzler und Leiter des Bundesministeriums für Äußeres: Dr. **Mayr**.

Vizekanzler und Leiter der Angelegenheiten des Unterrichtes und des Kultus: **Breisky**.

Bundesminister: Dr. **Glanz** für Inneres und Unterricht und Leiter des Bundesministeriums für Heereswesen, Dr. **Paltauf** für Justiz, Dr. **Grimm** für Finanzen, **Haueis** für Land- und Forstwirtschaft, **Heinl** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, Dr. **Peßa** für Verkehrswesen, Dr. **Resch** für soziale Verwaltung, Dr. **Grünberger** für Volksernährung.

**Präsident**: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Die Protokolle über die Sitzungen vom 15. und 16. Dezember 1920 sind in der Kanzlei zur Einsicht für die Mitglieder aufgelegen, unbeanstandet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Der Abgeordnete Pirchegger hat sich für die heutige Sitzung mit wichtiger Abhaltung entschuldigt.

Dem Herrn Abgeordneten Hauser habe ich einen vierwöchigen, dem Herrn Abgeordneten Kraft einen vierzehntägigen Urlaub und dem Herrn Abgeordneten Haider einen Urlaub bis 20. d. M. erteilt.

An Stelle des Herrn Abgeordneten Hauser, der krankheitshalber auf sein Mandat zum Hauptausschuß verzichtet hat, ist gemäß § 21 der Geschäftsordnung der von den Unterzeichnern des Wahlvorschlages der christlichsozialen Vereinigung im Nationalrat bezeichnete Ersatzmann Herr Abgeordneter Dr. Aigner als Mitglied in den Hauptausschuß eingetreten.

Ich bitte die hohe Versammlung hievon Kenntnis nehmen zu wollen.

Über Ersuchen des Finanz- und Budgetausschusses habe ich den Antrag der Abgeordneten Dr. **Schürff** und Genossen, betreffend die Bewilligung einer Notstandsaushilfe für die Abbrändler in der Gemeinde Klosterneuburg *(30 der Beilagen)* gemäß einem bei solchen Anträgen wiederholt geübten Vorgang der Bundesregierung zur Würdigung abgetreten.

Wenn dagegen keine Einwendung erhoben wird *(nach einer Pause:)* — und es ist dies nicht der Fall —, so gilt dieser Antrag damit als parlamentarisch erledigt.

Es sind Zuschriften eingelangt, mit denen die Einbringung von Vorlagen der Bundesregierung angekündigt wird.

Ich ersuche um Verlesung dieser Zuschriften.

Schriftführer **Sever** *(liest)*:

„Das Bundesministerium für Heereswesen beehrt sich, in der Anlage den vom Ministerrate in der Sitzung vom 17. Dezember 1920 genehmigten Entwurf eines Bundesgesetzes, womit das Gesetz, betreffend die Stellung der Pferde und Fuhrwerke außer Kraft gesetzt wird *(116 der Beilagen)*, samt der zugehörigen Begründung zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen.

Wien, 2. Dezember 1920.

Der Bundesminister:
Glanz."

**Präsident**: Diese Vorlage wird geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Schriftführer **Sever** *(liest)*:

„Auf Grund der mir in der Sitzung des Ministerrates vom 28. Dezember 1920 erteilten Ermächtigung, beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung der Punzierungsgebühren *(119 der Beilagen)* mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 31. Dezember 1920.

Der Bundesminister:
Grimm."

**Präsident**: Diese Vorlage wird geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Schriftführer **Sever** *(liest)*:

„Auf Grund der mir in der Sitzung des Ministerrates vom 4. Jänner 1921 erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen des vom Lande Salzburg auf Grund des von der Bundesregierung genehmigten Landtagsbeschlusses vom 10. Juni 1920 aufgenommenen Anlehens im Nennbetrage von 55 Millionen Kronen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungen, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(120 der Beilagen)* mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 5. Jänner 1921.

Der Bundesminister:
Grimm."

**Präsident**: Diese Vorlage wird geschäftsordnungsmäßig behandelt.

Schriftführer **Sever** *(liest)*:

„Auf Grund der mir in der Sitzung des Ministerrates vom 10. Jänner 1921 erteilten Ermächtigung beehre ich mich den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Bestrafung der Preistreiberei, des Schleichhandels und anderer ausbeuterischer oder die Versorgung der Bevölkerung gefährdender Handlungen (Preistreibereigesetz) *(121 der Beilagen)* mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 11. Jänner 1921.

Paltauf."

**Präsident**: Diese Vorlage wird geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Schriftführer **Sever** *(liest)*:

„Auf Grund der mir in der Sitzung des Ministerrates vom 10. Jänner 1921 erteilten Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit welchem einige Bestimmungen zur Beschleunigung und Vereinfachung des Strafverfahrens der politischen Behörden und der Bundespolizeibehörden erlassen werden (Verwaltungsstrafverfahrensnovelle V. S. V. N.) *(122 der Beilagen)* mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 11. Jänner 1921.

Der Bundesminister für Inneres und Unterricht
Glanz."

**Präsident**: Diese Vorlage wird geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Schriftführer **Sever** *(liest)*:

„Das Bundeskanzleramt beehrt sich im Namen der Bundesregierung die in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1920 auf Grund des Gesetzes vom 24. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 307 (kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz) erlassenen Vollzugsanweisungen in je zwei Exemplaren, sowie zwei Verzeichnisse dieser Vollzugsanweisungen in der Anlage zu übermitteln.

Die hiemit vorgelegten Vollzugsanweisungen sind vor ihrer Herausgabe in der üblichen Weise bereits dem Herrn Präsidenten der Nationalversammlung zur Kenntnis gebracht worden.

Wien, 10. Dezember 1920.

Dr. M. Mayr."

„Verzeichnis der erlassenen Vollzugsanweisungen:

im Bereiche des damaligen Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten:

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 16. Juli 1920, betreffend Aufhebung der Ministerialverordnung vom 26. August 1916, R. G. Bl. Nr. 274, betreffend Regelung des Verkehrs mit Rohfett von Rindern und Schafen, St. G. Bl. Nr. 354;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Finanzen vom 21. Juli 1920, betreffend Festsetzung von Höchstpreisen für Zündhölzchen, St. G. Bl. Nr. 376;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 21. Juli 1920, mit welcher die Verordnung des Handelsministers vom 31. Oktober 1917, R. G. Bl. Nr. 422, betreffend den Verkehr mit Asbest und Asbestabfällen sowie die Verordnung des Handelsministers vom 31. Oktober 1917, R. G. Bl. Nr. 423, betreffend die Errichtung eines Kriegsverbandes der Asbestindustrie, außer Kraft gesetzt werden, St. G. Bl. Nr. 382;

Vollzugsanweisung der Staatsämter für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, für

Land- und Forstwirtschaft und für Finanzen vom 6. August 1920, betreffend Anwendung der Vertragszölle und der Zollbegünstigungen bei der Einfuhr zur See, St. G. Bl. Nr. 399;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 19. August 1920, betreffend Festsetzung von Preisen für Leuchtpetroleum, St. G. Bl. Nr. 411;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 5. Oktober 1920, betreffend Ausnahmsbestimmungen auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes, St. G. Bl. Nr. 456;

Vollzugsanweisung der Staatsämter für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten und für Finanzen vom 14. Oktober 1920, betreffend Abänderung der Liste jener Waren, deren Ausfuhr an die Beibringung einer Bewilligung gebunden ist, St. G. Bl. Nr. 488;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 26. Oktober 1920, betreffend Erhebung des Verbrauches von Zeitungsdruckpapier, St. G. Bl. Nr. 502;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten vom 28. Oktober 1920, betreffend Aufhebung der Verordnung des Handelsministers im Einvernehmen mit dem Finanzminister vom 22. August 1916, R. G. Bl. Nr. 272, St. G. Bl. Nr. 506;

im Bereiche des damaligen Staatsamtes für soziale Verwaltung:

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 16. August 1920 über die Erhaltung des Arbeiterstandes in gewerblichen Betrieben, St. G. Bl. Nr. 392;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 24. August 1920, betreffend die Verkehrsregelung im Sinne der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 1. Juni 1918, R. G. Bl. Nr. 190, unterliegenden Arzneimittel, St. G. Bl. Nr. 407;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 24. August 1920, betreffend die Auflassung der Bewirtschaftung von Gummisaugern, St. G. Bl. Nr. 408;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung vom 28. September 1920 über die Erhaltung des Arbeiterstandes in gewerblichen Betrieben, St. G. Bl. Nr. 446;

im Bereiche des damaligen Staatsamtes für Finanzen:

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Volksernährung vom 23. Juli 1920, betreffend die Einschränkung der Biererzeugung, St. G. Bl. Nr. 380;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen im Einvernehmen mit dem Staatsamte für soziale Verwaltung vom 30. Juli 1920 über die Verlängerung der im § 17 des Gesetzes vom 28. Dezember 1911, R. G. Bl. Nr. 242, betreffend Steuerbegünstigungen für Neubauten, Zubauten, Aufbauten und Umbauten im allgemeinen und für Kleinwohnungsbauten insbesondere vorgesehene Frist zur Herstellung von Kleinwohnungshäusern, St. G. Bl. Nr. 390;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen vom 2. August 1920 über die Außerverkehrsetzung der ungestempelten Banknoten zu 1 K und zu 2 K, St. G. Bl. Nr. 387;

Neunte Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen vom 16. August 1920 über die Anmeldung und Kontrolle gewisser Vermögenschaften und die Sicherung der Vermögensabgabe, St. G. Bl. Nr. 391;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern vom 19. August 1920 über vorläufige Maßnahmen zur Regelung der vor und während des Krieges entstandenen Schulden von Österreichern an französische Staatsangehörige, St. G. Bl. Nr. 385;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Justiz vom 26. August 1920, betreffend Forderungen in alter Kronenwährung gegenüber Angehörigen der anderen Nachfolgestaaten, St. G. Bl. Nr. 405;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen vom 28. August 1920, über Stempel- und Gebührenbefreiungen aus Anlaß des Umtausches der ungestempelten Noten der Oesterreichisch-ungarischen Bank zu 1 K und zu 2 K gegen deutsch-österreichisch gestempelte Banknoten, St. G. Bl. Nr. 416;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern vom 9. September 1920 über vorläufige Maßnahmen zur Regelung der vor und während des Krieges entstandenen Schulden von Österreichern an britische Staatsangehörige, St. G. Bl. Nr. 425;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern vom 9. September 1920 über die Anmeldung der in Frankreich und in Großbritannien und Irland und deren Überseegebieten befindlichen Aktiven österreichischer Staatsangehöriger, St. G. Bl. Nr. 427;

Zehnte Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen vom 18. September 1920 über die

Anmeldung und Kontrolle gewisser Vermögenschaften und die Sicherung der Vermögensabgabe, St. G. Bl. Nr. 440;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen vom 14. Oktober 1920, betreffend die Verlängerung der Fristen für die Anmeldung der in Frankreich, Großbritannien und Irland und deren überseeischen Gebieten befindlichen Aktiven österreichischer Staatsangehöriger, St. G. Bl. Nr. 480;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen vom 15. Oktober 1920 über vorläufige Maßnahmen zur Regelung der vor und während des Krieges entstandenen Schulden von Österreichern an Staatsangehörige Indiens und Neuseelands, St. G. Bl. Nr. 481;

Elfte Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Finanzen vom 22. Oktober 1920 über die Anmeldung und Kontrolle gewisser Vermögenschaften und die Sicherung der Vermögensabgabe, St. G. Bl. Nr. 494;

im Bereiche des damaligen Staatsamtes für Volksernährung:

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Volksernährung vom 31. August 1920, betreffend die industrielle Verarbeitung von Mahlgetreide, St. G. Bl. Nr. 414;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Volksernährung im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Finanzen vom 5. Oktober 1920, betreffend die Erzeugung von Edelbranntwein, St. G. Bl. Nr. 471;

Vollzugsanweisung des Staatsamtes für Volksernährung im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Land- und Forstwirtschaft vom 21. Oktober 1920 über die Regelung des Verkehrs mit Abfallprodukten aus staatlich bewirtschaftetem Getreide, St. G. Bl. Nr. 492;

im Bereiche des damaligen Staatsamtes für Land- und Forstwirtschaft:

Vollzugsanweisung der Staatsämter für Land- und Forstwirtschaft und für Inneres und Unterricht vom 26. August 1920 über Maßnahmen zum Zwecke der Feststellung des Auftretens des Kartoffelkrebses in Österreich, St. G. Bl. Nr. 413."

**Präsident:** Dieses Material werde ich den zuständigen Ausschüssen zuweisen.

Vor Eingang in die Tagesordnung hat sich der Herr Bundeskanzler Dr. Mayr zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Bundeskanzler Dr. **Mayr:** Hohes Haus! Wenn ich mir auch erst vor wenigen Wochen, als die gegenwärtige Bundesregierung ihr Amt antrat, erlaubt habe, die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Ziele, von welchen wir uns leiten lassen, in ihren Hauptlinien zu skizzieren, und wenn ich auch erst vor einigen Tagen Gelegenheit fand, im Ausschusse für äußere Angelegenheiten unsere auswärtige Politik zu erörtern und im Zusammenhange damit die brennendsten, innerstaatlichen Fragen zu streifen, so halte ich es doch für meine Pflicht, auch heute wiederum gelegentlich der Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit des hohen Hauses, die Aufmerksamkeit desselben in einigen Darlegungen auf unsere augenblickliche politische und wirtschaftliche Lage zu lenken und über die Tätigkeit und die Arbeiten der Regierung bezüglich einiger wichtiger Fragen Rechenschaft zu geben.

Soll ich unsere gegenwärtige Gesamtlage mit einem Satze kennzeichnen, so muß ich erklären: Österreich steht nach wie vor unter dem furchtbaren Drucke großer Ernährungsschwierigkeiten und einer, in unerträglichem Maße zunehmenden Teuerung und beispiellosen Verarmung der früher so leistungsfähigen breiten Massen des Mittelstandes. Schuld daran trägt vorwiegend und in erster Linie unsere Geldentwertung, die bekanntlich eine der unglücklichsten Hauptfolgen des unseligen Frieden von Saint-Germain ist und deren Nutznießer, das verbrecherische Parasitentum der Preistreiber und Schleichhändler, das letzte Mark des Volkes aufzehren.

Diesem allgemeinen Charakter der Notlage entsprechend, haben sich auch die Abwehr- und Verteidigungsmaßnahmen, sowie die Schutzbemühungen der Regierung zunächst anzupassen. Der allgemeine Notstand, der uns unausgesetzt mit dem völligen Zusammenbruche bedroht und bald dort und bald da bereits zu kleineren Einzelkatastrophen führt, nötigt die Regierung vielfach zur bloßen Ergreifung ziemlich systemloser Einzelmaßnahmen und verhindert leider nicht selten die notwendige systematische Abwehraktion.

Was zunächst die Brotfrage anbelangt, so wird die Regierung in den allernächsten Tagen dem Nationalrate den Entwurf eines Gesetzes wegen Staffelung der Lebensmittelpreise und wegen neuerlicher Einführung der Brotauflage vorlegen. Damit soll der erste Schritt unternommen werden, um die größte Ausgabspost unseres Budgets wenigstens einigermaßen zu verringern und zugleich unser größtes finanzielles Unglück, die Noteninflation, einzudämmen. Gleichzeitig soll damit dem sozial einzig richtigen Gedanken Rechnung getragen werden, die Lebensmittelpreise, in erster Linie die für Mehl und Brot, der wirschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bevölkerung anzupassen.

Das neue Gesetz wird daher eine Einteilung aller Nichtselbstversorger in drei Gruppen vorsehen, eine Unter-, eine Mittel- und eine Obergruppe.

Nur die Obergruppe wird die tatsächlichen Gestehungskosten des Mehles zu vergüten haben, während die breite Mittelklasse gegenüber dem gegenwärtigen Preise einen immerhin erhöhten zu entrichten haben wird. Den wirtschaftlich schwächeren Kreisen, die der Untergruppe angehören, wird ein den beiden genannten Gruppen gegenüber ermäßigter Preis für Mehl und Brot zugebilligt.

Diese Staffelung der Mehlpreise allein vermag den Gedanken der Anpassung an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung schon deshalb nicht voll Rechnung zu tragen, da, wie schon erwähnt, nur eine Unterteilung in drei Gruppen nach dem Einkommen erfolgt. Eine bessere Unterteilung ist wegen der enormen technischen Schwierigkeiten nicht durchführbar.

Um diesen Fehler wettzumachen, wird die Regierung in Ergänzung des Staffelungsgesetzes auch für das Jahr 1921 das im Jahre 1919 in Geltung gestandene Brotauflagegesetz mit teilweise geänderten Sätzen wiederholen.

Die Aufzahlungen, welche die Regierung seit langem auf das Mehl leistet, — sie sind ja in der Öffentlichkeit zur Genüge bekannt — haben infolge der fortschreitenden Entwertung unserer Valuta immer größere Beträge in Anspruch genommen. Es darf wohl behauptet werden, daß der ständig wachsende Staatszuschuß zum Mehlpreise die Hauptursache unseres Defizits bildet. Allerdings erfordern auch die Zuschüsse zur Fleisch-, Fett- und Kondensmilchversorgung sehr namhafte Beträge.

Ich darf bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, auch darauf hinzuweisen, daß auch der bisher noch nicht eingebrachte Rest des inländischen Getreidekontingents schon aus Gründen der Ersparung fremder Valuta und der notwendigen Anteilnahme aller an der Linderung der gemeinsamen Not eingefordert werden muß. Die Regierung kann auf diesen nicht abgelieferten Teil des Kontingentes nicht noch verzichten und wird ihn mit aller Strenge einfordern.

Die fortschreitende Teuerung hat neuerlich weitgehende Mehrforderungen der Staatsangestellten ausgelöst. Zunächst sind es die Eisenbahnangestellten, mit deren Forderungen sich die Regierung bereits zu beschäftigen hatte. Wenn dieselben auch grundsätzlich als berechtigt anerkannt werden müssen, so können sie doch keinesfalls ohne gleichzeitige Sicherung der Bedeckung bewilligt werden. Dies gilt auch für die Bedeckung aller jener Neuforderungen der übrigen Angestelltengruppen, welche sich als eine Auswirkung der Bezugserhöhungen für die Eisenbahnangestellten darstellen. Die Regierung — und das betone ich ganz besonders — muß nach wie vor auf dem von ihr von allem Anfang an betonten Grundsatze beharren, daß Mehrauslagen keinesfalls mehr ohne gleichzeitige Sicherung der Bedeckung bewilligt werden können.

Die Forderungen der Staatsangestellten, der Staatsbahnangestellten, die sich daraus ergebenden Beitragsleistungen zu den analogen Personalzubußen für die Länder und Landeshauptstädte, sowie die staatlichen Vorschüsse an die Südbahngesellschaft betragen schätzungsweise 4040 Millionen Kronen. Der Hauptausschuß hat diese Forderungen auch als gerechtfertigt anerkannt.

Die Beschaffung der Bedeckung muß in einer sehr bedeutenden Erhöhung — und da bitte ich allerdings nicht zu erschrecken — der Salz- und Tabakpreise, einer Erhöhung der Alkoholsteuern sowie in einer Erhöhung der Eisenbahntarife gefunden werden. Bezüglich der letzteren soll eine lineare Erhöhung vermieden werden und eine Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach den einzelnen Warengattungen stattfinden. Des weiteren muß auch eine Erhöhung der Verbrauchssteuern auf Bier, Branntwein und Wein sichergestellt werden.

Von einer neuerlichen Erhöhung der Verbrauchssteuern auf unentbehrliche Bedarfsgegenstände, wie Zucker und Petroleum, sieht die Regierung aus volkswirtschaftlichen Gründen derzeit ab. Bei weiteren unvermeidlichen Erfordernissen müßte vielleicht zunächst an die Ausgestaltung der direkten Steuern, der Effektenumsatzsteuer und einer Vermögenszuwachssteuer gedacht werden.

Im allgemeinen sind die ergiebigen Steuerquellen des Staates nach den meisten Richtungen hin mehr als voll ausgenützt und bedrohen schon vielfach die volkswirtschaftliche Lebensmöglichkeit der Bevölkerung. Die Regierung erkennt die Forderung der interessierten Kreise des Handels, des Gewerbes und der Industrie als vollkommen berechtigt an, daß ihnen wenigstens Gelegenheit geboten werden solle, ihren Standpunkt und ihre Wünsche vorzubringen, insbesondere bevor neuerliche materielle Erhöhungen der Eisenbahntarife vorgenommen werden. Sie ist auch entschlossen, mit aller Energie auf die leider weniger ergiebigen Steuerquellen zu greifen, welche der in einem Teile der Bevölkerung so verderblich grassierende Luxus bietet. In erster Linie ist hiebei an eine entsprechend hohe Automobilsteuer zu denken.

Die Durchführung der Vermögensabgabe wird mit aller Kraft verfolgt werden, sowie auch die Veranlagung und Einhebung der allenfalls noch rückständigen Steuern in der letzten Zeit so unablässig betrieben wurde, daß Rückstände von größerer Bedeutung nicht mehr vorhanden sind.

Der Wiederaufbau von Industrie und Gewerbe ist nach wie vor durch die Schwierigkeiten und finanziellen Lasten, welchen die Beschaffung der benötigten ausländischen Rohstoffe unterliegt, außer-

ordentlich beeinträchtigt. Hiezu kommt die wegen der verminderten Kaufkraft der Bevölkerung entstandene Absatzstockung. Trotzdem kann, und dies ist ein kleiner Lichtblick, ein allmähliches Fortschreiten unserer industriellen und gewerblichen Tätigkeit festgestellt werden, worauf ja auch die gegenwärtig stark verringerte Zahl der Arbeitslosen hindeutet. Dies gilt insbesondere von jenen Betrieben, die inländische Rohstoffe verarbeiten und in der Brennstofffrage infolge geringeren, durch Holz zu befriedigenden Bedarfes, durch Ausnutzung von Wasserkräften oder eigener Kohlenlager unabhängiger gestellt sind. Auch jene Betriebe, deren Brennstoffbedarf ein verhältnismäßig geringer ist, weisen eine Besserung auf. Die systematisch vorgenommene Erhöhung unserer Kohlenförderung bringt gleichfalls eine verbesserte Produktion. Die Vorteile der Ausnutzung von Wasserkraft zeigen sich in erfreulicher Weise.

Ein wesentlich ungünstigeres Bild zeigen ausschließlich jene Industrien, die entweder einen starken Bedarf an Brennmaterial haben, der durch ausländische Bezüge nicht gedeckt wird, oder die in ihren Rohstoffbezügen vom Auslande abhängen. Dies gilt in erster Beziehung besonders für unsere Eisenindustrie, wodurch auch eine befriedigende Entwicklung der weiterverarbeitenden Industrien in der Eisen- und Maschinenbranche behindert wird. Diese Tatsache ist umso beklagenswerter, als Österreich gerade auf diesem Gebiete über reiche natürliche Hilfsquellen, zahlreiche wohleingerichtete Betriebe und eine große, geschulte Arbeiterschaft verfügt. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der metallerzeugenden und metallverarbeitenden Industrie, wo der Mangel an Qualitätsbrennstoffen und Koks die Erzeugung empfindlich beeinflußt.

Die Lage der einzelnen Industrien ist also eine durchaus verschiedene. Im allgemeinen sind aber die Gestehungskosten der Enderzeugnisse außerordentlich hohe und erschweren eine befriedigende Versorgung des Inlandsverbrauches ungemein, so daß der Schwerpunkt unseres industriellen Absatzes im Exporte liegt.

Aus den angeführten Allgemeinerscheinungen ergibt sich mit voller Klarheit für unsere volkswirtschaftliche Lebensmöglichkeit und unseren Lebenswillen, daß die Abhängigkeit unserer Valuta und unseres Rohstoffbezuges vom Auslande die Hauptquelle unserer wirtschaftlichen Verelendung bildet, daß dagegen die Arbeitsunlust mindestens stark abgenommen hat und in Österreich dort überrall gearbeitet wird, wo sich Arbeitsgelegenheit bietet. *(Zustimmung.)*

Bezüglich der Kohlensituation beschränke ich mich auf die Bemerkung, daß sich die Kohlenbelieferung aus dem Auslande im abgelaufenen Jahre nicht unwesentlich gebessert und die eigene Produktion wesentlich gesteigert hat.

Auch die Regelung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Ausland machte in der letzten Zeit bedeutsame Fortschritte, die der Öffentlichkeit ohnedies des näheren bekannt sein dürften. Die sich daraus ergebenden großen Erleichterungen für unser Wirtschaftsleben werden sich allmählich geltend machen.

Ein Hauptaugenmerk unseres volkswirtschaftlichen Wiederaufbaues wird, wie ich neuerdings betonen darf, auf die Hebung der eigenen landwirtschaftlichen Produktion gerichtet sein müssen. Eine vermehrte Erzeugung von Getreide und Kartoffeln ist im Interesse unserer Volksernährung unerläßlich und die erforderlichen Maßnahmen hiezu sind zum Teile dank der Bemühungen der Reparationskommission hinsichtlich der Einfuhr von Saatkartoffeln bereits im vollen Gange. Von großer Wichtigkeit ist auch die Novellierung des Wiederbesiedlungsgesetzes, die unmittelbar vor dem Abschlusse steht, und im Zusammenhange damit, die Schaffung des im § 21 dieses Gesetzes vorgesehenen Siedlungsfondes, der den Zweck hat, auch minderbemittelten Bewerbern finanzielle Hilfe zu leisten. Gerade die Wiederbesiedlung ist auch für zahlreiche, heute nicht der Landwirtschaft angehörige Personen von großer Bedeutung.

Die Fürsorge für die land- und forstwirtschaftliche Arbeiterschaft durch den bereits dem Nationalrate vorliegenden Gesetzentwurf und durch andere Maßnahmen muß tunlichst beschleunigt werden.

Eine der wichtigsten und unerläßlichsten Arbeiten der Regierung betrifft die Bekämpfung der ungerechtfertigten Preissteigerungen durch Preistreiberei, Ketten- und Schleichhandel. Wie der hohe Nationalrat weiß, tagt gerade in dieser Woche die Enquete über den sogenannten Preisabbau. Die Regierung erhofft sich aus ihrer Aussprache gerade mit den berufenen Vertretern aller Kreise der interessierten Bevölkerung wertvolle Anregungen und sie ist entschlossen, mit aller Energie den preistreiberischen Auswüchsen durch die strafbare Ausnutzung unserer gegenwärtigen Notlage mit aller Schärfe entgegenzutreten. *(Beifall.)* Der neue Gesetzentwurf über die Bestrafung der Preistreiberei, des Schleichhandels und anderer ausbeuterischer oder die Versorgung der Bevölkerung gefährdender Handlungen wird heute dem hohen Hause vorgelegt. Der Gesetzentwurf über den unlauteren Wettbewerb befindet sich bereits in der Staatsdruckerei. Andere zweckdienliche Maßnahmen werden bald folgen.

Über das Problem der Teuerung selbst und der gewaltigen Preissteigerungen will ich mich hier nicht weiter verbreiten. Ich will nur wiederholen, daß das gefährlichste preistreiberische Moment

die fortwährende Neuausgabe von Noten bildet. Durch die immer neue Ausgabe von Kronennoten wird der Gleichgewichtszustand zwischen Geld einerseits und Ware anderseits immer wieder gestört: die Preise klettern immer höher. Wenn man glaubt, daß es da eine Grenze gibt außer Einhalt des Notendruckes, dürfte man irren.

Wenn wir alle die Momente zusammenfassen, welche die fortwährende Preissteigerung verursachen, so ergibt sich, daß der auf feste Bezüge in Kronen angewiesene Österreicher mehr und mehr verarmt, von Tag zu Tag in seiner Lebenshaltung stärker bedroht wird. Er muß schließlich in einen Seelenzustand der Verzweiflung geraten.

Das einzige ernste Mittel zur Abhilfe ist und bleibt in erster Linie ausländische Kredithilfe, in zweiter Linie innerer Umbau unserer Wirtschaft unter Benutzung der ausländischen Kredite. Alle anderen Mittel müssen zwar versucht und angewendet werden, sie kommen jedoch nur in zweiter Linie in Betracht.

In der vollen Erkenntnis des unvermeidlichen Zusammenbruches unserer Volkswirtschaft, wenn uns die unbedingt notwendige Kredithilfe des Auslandes versagt bleiben sollte, hat es die Regierung von Anbeginn an als ihre erste Pflicht betrachtet, jene Auslandskredite zu erreichen, welche die österreichische Sektion der Reparationskommission in Wien für notwendig erachtete, um unseren Wiederaufbau zu ermöglichen. Gegenwärtig finden, so viel wir wissen, zwischen den Großmächten der Entente, welche uns den Kredit gewähren sollen, intensive Verhandlungen hierüber statt. Die Regierung hat die Großmächte nicht im unklaren gelassen, daß die österreichische Volkswirtschaft in kürzester Zeit zusammenbrechen muß, wenn diese Kredite nicht ehestens bewilligt werden sollten. Mindestens müßte in kurzer Frist eine ganz bestimmte Zusage der Hilfe erfolgen. Nur dadurch kann eine gefährliche Krisis vermieden werden. Wir hoffen noch immer, daß die Hilfe rechtzeitig kommt. Ich möchte raten, daß unsere Presse während der gegenwärtigen entscheidenden Verhandlungen in Paris und London allzu scharfe oder verletzende Kritiken an den Maßregeln der Entente in unserem Interesse unterlasse. Unser Volk, welches trotz aller Verelendung im allgemeinen die Beweise seiner Leistungsfähigkeit und Arbeitswilligkeit erbracht hat, welches unter den schwierigsten Verhältnissen nicht nur die Ruhe und Ordnung bewahrt, sondern auch den verfassungsmäßigen Wiederaufbau seiner Staatlichkeit glücklich begonnen und größtenteils durchgeführt hat, verdient nicht den Untergang.

Von jenen Fragen, welche sich nicht mit den dringendsten Sorgen für unsere Ernährung und unsere Existenz beschäftigen, will ich nur nebenbei erwähnen, daß sich die Regierung ununterbrochen auch mit dem Ausbau unserer Verfassung und mit der Verwaltungsreform beschäftigt. Die Arbeiten zur Fertigstellung des im Verfassungsübergangsgesetze vorgesehenen Gesetzes über die Bezirksvertretungen nehmen unter der Mitwirkung erfahrener Fachmänner der politischen Verwaltung einen raschen Fortgang. Der Entwurf des Bezirksvertretungsgesetzes ist fertigestellt. Eine Novelle zum Verwaltungs-Strafverfahrensgesetze wird heute dem hohen Hause vorgelegt werden.

Die Einsetzung der von der Reparationskommission geforderten Ersparungskommission ist in Durchführung begriffen. Das Statut derselben liegt dem Hauptausschusse zur Genehmigung vor und die Mitglieder werden demnächst bestellt werden. Aufgabe dieser Kommission ist es, ohne viele theoretische Studien für eine weitestgehende Verringerung aller Staatsausgaben und für die Erhöhung der Staatseinnahmen im Wege einer planmäßigen Überprüfung des Bundeshaushaltes und der gesamten Geschäftsführung der Verwaltung zu sorgen.

Ich komme zum Schlusse. Das eifrigste Bemühen kann zu keinem Erfolge führen, wenn nicht im Innern unseres Staates Ruhe und Ordnung aufrechterhalten wird, wenn nicht alle hiezu berufenen Faktoren selbst wirksam und willig zusammenarbeiten. *(Zustimmung.)* Unsere Lage ist zu ernst, als daß wir uns auch jetzt noch den Luxus innerer Zwistigkeiten und eine allzu schroffe Hervorkehrung einzelner Parteiinteressen gestatten könnten. *(Zustimmung.)*

Vor allem möchte ich diese Mahnung auch an unsere Staatsangestelltenschaft richten. Auf ihren Schultern ruht wesentlich der staatliche Verwaltungsorganismus. Wenn einmal die Beamtenschaft versagt, besteht die größte Gefahr des völligen Zusammenbruches der staatlichen Verwaltung und damit des Staates selbst. Es ist begreiflich, wenn die Staatsangestellten ihre materielle Notlage, die eine besonders drückende Erscheinung der allgemeinen Verelendung ist, selbst mit scharfen Mitteln zu bekämpfen suchen. Schwere Bedenken aber muß es erregen, wenn die neuerliche Streikandrohung eines Teiles der Postbeamtenschaft Forderungen rein dienstlicher Natur auf diesem Wege gegen ihre Kollegen erzwingen will. *(Zustimmung.)* Kein Vernünftiger wird zugeben können, daß ein solcher Streik über dienstliche Standesfragen durch Arbeitseinstellung auf dem Rücken und auf Kosten unserer ohnedies gemarterten Bevölkerung ausgetragen werden dürfe. *(Zustimmung.)* Würden solche Verirrungen geduldet werden, so wäre dies ein besonders schlimmes Zeichen für unsere weitere staatliche Existenzfähigkeit. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Wir gelangen zur Tagesordnung. Erster Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Ausschusses für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten über die Vorlage der Bundesregierung (93 der Beilagen), betreffend das österreichisch-deutsche Wirtschaftsabkommen vom 1. September 1920 *(117 der Beilagen)*. Ich lade den Herrn Abgeordneten Wunsch ein, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Wunsch:** Hohes Haus! Unzweifelhaft bilden wichtige Momente im Staate die Wirtschaftsabkommen mit unseren Nachbarländern und jedenfalls eines der allerwichtigsten das Wirtschaftsabkommen mit dem Deutschen Reich, weil es nicht nur in unserem Interesse liegt, sondern auch ein Herzensbedürfnis für alle geworden ist. Das Wirtschaftsabkommen, welches bereits am 1. September vergangenen Jahres von seiten der deutschen Regierung angenommen worden ist, fußt hauptsächlich auf dem seinerzeit abgeschlossenen Handelsvertrage vom 25. Jänner 1905 und es sind die Hauptmomente darin die gleichen geblieben. Nur einzelne Punkte haben eine Abänderung erfahren und beziehen sich hauptsächlich auf Artikel 7, welcher den Grenzverkehr regelt, ferner auf die Artikel 12 bis 15 über die Schiffahrt, die nur durch Bestimmungen über das Vorgehen bei Schiffbruch ergänzt wurden; Artikel 16 regelt wie in dem alten Vertrag die Benutzung von Straßen, Kanälen und Häfen. Die Artikel 17 bis 23 regeln den Eisenbahnverkehr. Die einschlägigen Bestimmungen haben eine eingehendere Fassung erhalten.

Besonders hervorzuheben sind die Bestimmungen des vorliegenden Abkommens über die Zolltarife. Während Österreich bis zum 16. Jänner 1921 durch den Friedensvertrag gebunden ist, auf Waren der alliierten und assoziierten Staaten jene Vertragssätze anzuwenden, welche am 28. Juli 1914 in Geltung waren, hat Deutschland diesbezüglich bereits seine volle Aktionsfreiheit erlangt.

Der Handelsvertrag als solcher ist, wie bereits erwähnt, in seinen wesentlichen Punkten gestützt auf die früheren und es sind noch besonders zu erwähnen die Bestimmungen über die Ein-, Aus- und Durchfuhr; während Artikel 1 den Grundsatz der vollen Verkehrsfreiheit aufstellt, macht Artikel 34 insofern eine Einschränkung, als die Ein- und Ausfuhr von Waren im gegenseitigen Verkehr Verboten oder Beschränkungen unterworfen werden kann, solange die durch die wirtschaftlichen Folgen des Krieges veranlaßten außerordentlichen Verhältnisse bestehen. Die Verbote dürfen jedoch gegenüber dem anderen Vertragsteile nicht weitergehen, als gegenüber der Ein- und Ausfuhr gleicher Waren im Verkehre mit einem dritten Lande. Außerdem ist ein Abbau dieser Beschränkungen in Aussicht genommen.

Das Wirtschaftsabkommen ist eine vorläufige Vereinbarung. Dies kommt, abgesehen von den eben erwähnten Bestimmungen über die Verkehrsbeschränkungen in der Übergangszeit, auch dadurch zum Ausdruck, daß ein Kündigungstermin von vier Monaten in Aussicht genommen ist.

Das Abkommen wurde am 1. September in München von den Vertretern der beiden Regierungen unterzeichnet und ist von der Volksvertretung der deutschen Republik bereits angenommen worden, so daß dessen Inkrafttretung nur von der Ratifikation seitens Österreichs abhängt.

Der Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten stellt sohin den Antrag *(liest)*:

„Der Nationalrat wolle das österreichisch-deutsche Wirtschaftsabkommen vom 1. September 1920 (93 der Beilagen) genehmigen."

**Präsident:** Ich eröffne die Debatte. Wünscht eine der Damen oder Herren das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent verzichtet wohl auf das Schlußwort.

Wir schreiten zur Abstimmung und ich bitte jene Damen und Herren, welche dem Antrag: „Der Nationalrat wolle das österreichisch-deutsche Wirtschaftsabkommen vom 1. September 1920 genehmigen" ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Wir kommen nun zum zweiten Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über die Vorlage der Bundesregierung (56 der Beilagen), betreffend die Zuschrift des Bundeskanzlers vom 26. November 1920, Z. 1888/3 B. K., über das provisorische Handelsübereinkommen zwischen dem Königreiche Rumänien und der Republik Österreich und über das Abkommen zwischen dem Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen und der Republik Österreich über die provisorische Regelung der beiderseitigen Handelsbeziehungen *(118 der Beilagen)*.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Volker. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Volker:** Hoher Nationalrat! Der Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten hat mich beauftragt, zu berichten über die Vorlage der Bundesregierung, betreffend

die Zuschrift des Bundeskanzlers vom 26. November 1920, Z. 1888, über das provisorische Handelsübereinkommen zwischen dem Königreiche Rumänien und der Republik Österreich und über das Abkommen zwischen dem Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen und der Republik Österreich über die provisorische Regelung der beiderseitigen Handelsbeziehungen.

Hohes Haus! Um den dringenden Bedürfnissen unseres Handelsverkehres mit dem Königreiche Rumänien und mit Jugoslawien gerecht zu werden, sind die vorliegenden Abkommen zustandegekommen, durch die an Stelle des bisherigen vertragslosen Zustandes eine allerdings nur provisorische Regelung getreten ist. Ich betone, daß diese Verträge bereits völkerrechtlich und staatsrechtlich verbindlich geworden sind; eine meritorische Behandlung dieser Verträge kann dem Hause nicht zustehen, da die Regierung verfassungsmäßig zum Abschlusse und zur staatsrechtlichen Inkraftsetzung legitimiert war.

Die Verträge sichern uns die Meistbegünstigung auf allen Gebieten, nur das Recht der freien Niederlassung und des freien Gewerbe- und Handelsbetriebes wurde seitens Jugoslawiens vorläufig nicht gewährt.

Der Abschluß der Verträge fiel in eine Zeit, als die Nationalversammlung nicht tagte; mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung, welche den beiden Abkommen zukommt, erschien es der Regierung dringend notwendig, die Genehmigung unverzüglich auszusprechen, um zu vermeiden, daß durch eine Verzögerung seitens der österreichischen Republik das Zustandekommen dieser für uns vorteilhaften und geradezu ein Präjudiz für die Zukunft bildenden Verträge gefährdet werde. Die provisorische Verfassung der Republik enthielt zwar die Bestimmung, daß die Handelsverträge von der Nationalversammlung zu genehmigen sind, in dem vorliegenden dringenden Falle glaubte jedoch die Regierung, von dem handelspolitischen Ermächtigungsgesetz vom 31. Dezember 1909 Gebrauch machen zu können. Dieses Gesetz, welches nach Ansicht der Regierung durch die allgemeine Rezeptionsklausel im § 16 des Gesetzes vom 30. Oktober 1918, St. G. Bl. Nr. 1, gedeckt war, ermächtigt die Regierung, die Handels- und Verkehrsbeziehungen mit dem Auslande provisorisch auf Grund der Meistbegünstigung zu regeln. Die Genehmigung wurde also in beiden Fällen auf Grund dieses Gesetzes erteilt und dieser Vorgang dem Hauptausschusse der Nationalversammlung nachträglich zur Kenntnis gebracht. Der Hauptausschuß hat das Vorgehen der Regierung zur Kenntnis genommen und sie aufgefordert, die beiden Abkommen auch der Nationalversammlung zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Eine genaue Inhaltsangabe der beiden Verträge enthalten die erläuternden Bemerkungen, welche der Vorlage der Bundesregierung angeschlossen sind. Dieser ist zu entnehmen, daß durch die provisorischen Abkommen tatsächlich nur die dringendsten Vorkehrungen auf handelspolitischem Gebiete getroffen werden.

Wir begrüßen diese Abkommen als einen Schritt, der uns aus der erzwungenen handelspolitischen Isolierung befreien kann. Betrüblich ist wohl, daß der Verkehr mit Rumänien besonders erschwert wird, da selbst aus kaufmännischen Kreisen lebhafte Klagen hinsichtlich des Warentransportes laut werden.

Der Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten hat in Würdigung der angeführten Gründe die beiden Verträge zustimmend zur Kenntnis genommen und stellt folgenden Antrag *(liest)*:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Das mit Zuschrift des Bundeskanzlers vom 26. November 1920, Z. 1888/3 B. K., vorgelegte provisorische Handelsübereinkommen zwischen dem Königreiche Rumänien und der Republik Österreich und das Abkommen zwischen dem Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen und der Republik Österreich über die provisorische Regelung der beiderseitigen Handelsbeziehungen (56 der Beilagen) wird zur Kenntnis genommen."

**Präsident:** Ich eröffne die Debatte. Wünscht jemand von den Damen und Herren das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen. Der Referent verzichtet auf das Schlußwort, wir schreiten zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche dem Antrage des Ausschusses, daß das mit Zuschrift des Bundeskanzlers vom 26. November 1920 vorgelegte provisorische Handelsübereinkommen zwischen dem Königreiche Rumänien und der Republik Österreich und das Abkommen zwischen dem Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen und der Republik Österreich über die provisorische Regelung der beiderseitigen Handelsbeziehungen zur Kenntnis genommen werde, zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Wir gelangen nunmehr zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (11 der Beilagen), betreffend die Durchführung des Artikels 184 und des V. Teiles des Staatsvertrages

von Saint-Germain *(115 der Beilagen)*. Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Dr. Buresch, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Buresch**: Hohes Haus! Der Friedensvertrag von Saint-Germain legt Österreich die Verpflichtung auf, gewisse Sachgüter abzuliefern. Nach Artikel 184 des Staatsvertrages hat Österreich die Verpflichtung übernommen, die Rückgabe des aus den besetzten Gebieten fortgeführten, beschlagnahmten oder sequestrierten Bargeldes sowie die Rückgabe weggenommener oder sequestrierter Tiere, Gegenstände aller Art oder Wertpapiere vorzunehmen.

Der V. Teil des Staatsvertrages legt Österreich die Verpflichtung auf, Waffen, Munition und Kriegsvorräte, die bestimmt sind, dem Landkriege, Seekriege und Luftkriege zu dienen, sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Werkzeuge und Maschinen im gewissen Umfange den alliierten und assoziierten Hauptmächten auszuliefern.

Insoweit die Gegenstände, von denen ich eben gesprochen habe, im Besitz, in der Verwaltung des Staates selbst sind, ist es natürlich der Verwaltung des Staates ein leichtes, diese Gegenstände auszuliefern. Insoweit aber diese Gegenstände sich in privatem Besitz befinden, insoweit sie durch irgendwelche Rechtsverhältnisse in das Privateigentum von Österreichern übergegangen sind, ist es notwendig, daß der Staat durch ein Gesetz in die Lage versetzt wird, diese Gegenstände zu enteignen und sie den alliierten und assoziierten Hauptmächten auszuliefern. Diesem Grundgedanken entspricht das Gesetz, welches nunmehr dem hohen Hause zur Beschlußfassung vorliegt.

Nach § 1 wird das Bundesministerium für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten ermächtigt, die Sachgüter dieser beiden Kategorien, die ich soeben erwähnt habe, im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien zu enteignen und zu diesem Zwecke vorher zu beschlagnahmen. Bezüglich der Sachgüter, die nach dem V. Teil des Staatsvertrages von Saint-Germain auszuliefern sind, hat der Ausschuß eine Definition des Begriffes „Kriegsmaterial" in den Gesetzestext hineingenommen, und zwar in dem Sinne, daß gesagt ist *(liest)*:

„das ist Material, welches in seinem derzeitigen Zustande ausschließlich zu Kampfzwecken verwendbar ist, einschließlich des Materials der Flugzeugabwehr sowie militärisches und Marineluftfahrzeugmaterial."

Durch diese Textierung hat der Ausschuß die Vorlage der Regierung im § 1 wesentlich abgeändert. Es lag dem Ausschusse vollkommen fern, durch die Textierung, wie ich sie eben geschildert habe, und insbesondere durch die Definierung des Kriegsmaterials die Vertragsverpflichtungen vielleicht einschränken oder verletzen zu wollen. Der Ausschuß wollte jedoch gerade für die Organe des Staates genau erklären, was unter Kriegsmaterial zu verstehen ist, und aus diesem Grunde ist die Definition erfolgt. Der Ausschuß hat ferner dem § 1 die besondere Bestimmung hinzugefügt, nach welcher es dem Verordnungswege vorbehalten bleiben soll, für gewisse Güter eine Anzeigepflicht zu statuieren. Der Weg, auf dem der Staat in den Besitz der abzuliefernden Gegenstände gelangt, ist die Enteignung und die der Enteignung unter Umständen vorhergehende Beschlagnahme. Die Beschlagnahme soll dazu dienen, daß das betreffende Gut, das abzuliefern ist, sichergestellt wird und daß während der Dauer der Beschlagnahme eben das Verfahren eingeleitet wird, auf Grund dessen dem Besitzer, dem Eigentümer oder dem Detentor die Sache eigentümlich abgenommen wird. Die Enteignung oder die Beschlagnahme erfolgen entweder durch Bescheid an den Besitzer oder Verwahrer der zu enteignenden Sache oder durch öffentliche Bekanntmachung. Der Staat erwirbt das Eigentum an der enteigneten Sache mit der Zustellung des Enteignungsbescheides an den Verwahrer oder Besitzer oder aber in dem Momente, in dem die Enteignung verlautbart wird.

§ 3 beinhaltet die Wirkung der Enteignung oder Beschlagnahme. Der Besitzer oder Verwahrer verliert mit der Beschlagnahme jedes Verfügungsrecht über die Sache, er hat sie jedoch ordnungsgemäß zu verwahren. Die Beschlagnahme endet mit der Enteignung oder der Freigabe. Rechtsgeschäfte über die enteigneten oder beschlagnahmten Sachgüter sind, soweit sie den Vorschriften des Gesetzes zuwiderlaufen, nichtig. Rechte Dritter an enteigneten Sachgütern erlöschen vorbehaltlich eines allfälligen Ersatzanspruches auf die Entschädigung nach § 5, Absatz 7, mit der Enteignung.

Nach § 4 ist die Enteignung oder die Beschlagnahme aufzuheben, sobald festgestellt ist, daß die Ablieferung oder Rückstellung des Sachgutes nicht stattfindet, in welchem Falle auch die ausgezahlte Entschädigungssumme selbstverständlich wieder zurückzuzahlen ist.

§ 5 über die Höhe der Entschädigung ist unverändert geblieben. Der § 5 besagt, daß dem Besitzer aus Staatsmitteln eine angemessene Entschädigung gebühre, wenn er den Nachweis nach § 367 a. b. G. B. erbringt, den Nachweis, daß er ein redlicher Besitzer ist; es wäre denn der Fall, daß nach § 368 a. b. G. B. ein Umstand entgegensteht, welcher den Besitz des betreffenden Verwahrers oder Besitzers zu einem unredlichen gestaltet. Für die Erzeuger solcher enteigneter Gegenstände entfällt selbstverständlich ein solcher Nachweis. Wenn eine gütliche Vereinbarung zwischen Staat

und dem betreffenden Privatmann nicht zustande kommt, entscheidet über die Höhe der Entschädigung das Gericht auf Antrag eines der beiden Teile im außerstreitigen Verfahren. Dieser Antrag ist binnen sechs Monaten vom Tage der Zustellung des Enteignungsbescheides oder der Verlautbarung zu stellen. Die folgenden Absätze des § 5 enthalten Bestimmungen über die Kompetenz des Gerichtes zur Festsetzung der Entschädigung, über die Rechtsmittel, welche dagegen zulässig sind, und über die Ansprüche Dritter auf die Entschädigungssumme.

§ 6 enthält Bestimmungen über die Berechnung der Entschädigung. Es ist hier von den Anschaffungskosten zuzüglich etwaiger späterer notwendiger Aufwendungen auszugehen und es sind gewisse Beträge für Einrichtungen und Vorrichtungen, für Wertminderungen usw. abzuziehen.

Im § 7 ist die Höhe der Entschädigung nach oben hin limitiert, und zwar darf die Entschädigung den Verkaufs- oder Gebrauchswert des Gegenstandes am 9. September 1919 nicht übersteigen. Der Ausschuß hat hier einen Zusatz für jene Güter gemacht, welche der betreffende Privatmann nach dem 9. September 1919 von der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung gekauft hat. Liegt dieser Fall vor, so ist der Betrag zu zahlen, welcher an die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung für den zu enteignenden Gegenstand seinerzeit entrichtet worden ist.

§ 8 enthält die Ermächtigung für das Bundesministerium für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, wenn besondere Härten durch die Anwendung des Gesetzes sich ergeben sollten, auch eine Entschädigung über die Höhe, von welcher ich eben gesprochen habe, zu gewähren.

Die §§ 9 und 10 enthalten die Strafvorschriften gegen diejenigen, welche etwas unternehmen, was dem Zwecke der Enteignung oder Beschlagnahme widerstreitet oder welche die Anzeige nach § 1 zu machen haben, sie aber vorsätzlich oder fahrlässig unterlassen, dann gegenüber jenen, die den auf Grund des § 9 ergehenden Anordnungen nicht Folge leisten; hier können Arreststrafen verhängt werden, welche aber sechs Monate nicht übersteigen dürfen. § 11 enthält die Vollzugsklausel.

Ich stelle namens des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag,

„das hohe Haus möge dem Gesetzentwurfe in der Fassung des Finanz- und Budgetausschusses die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen".

**Präsident:** Ich eröffne die Debatte. Ich glaube, das hohe Haus ist einverstanden, wenn wir über diesen Gesetzentwurf, der 11 Paragraphe beinhaltet, nur eine Debatte abführen. *(Zustimmung.)*

Zum Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Baumgärtel. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Baumgärtel:** Hoher Nationalrat! Soweit es sich bei der Durchführung des V. Teiles des Friedensvertrages um die Ablieferung von Waffen und Munition handelt, haben die alliierten Mächte eine interalliierte Heereskommission eingesetzt. Die interalliierte Heereskommission hatte die Aufgabe, in drei Monaten die Entwaffnung Deutschösterreichs durchzuführen. Es sind nunmehr bereits sechs Monate verstrichen und die interalliierte Heereskommission ist noch immer auf der Suche, ist noch immer tätig, dieses arme Deutschösterreich zu entwaffnen. Es ist doch wohl an der Zeit, einmal darauf hinzuweisen, welche finanzielle Belastung diese interalliierte Heereskommission unserem verarmten und finanziell gebrochenen Staate auferlegt. Es ist interessant, zu beobachten, daß ein General dieser Kommission allein monatlich über 10.000 Franken bezahlt erhält, daß ein Infanterist diestr Kommission 1700 Franken Entlohnung erhält, die dieser Staat bezahlen muß. Die Kommission verfügt nebenbei auch über eine Abteilung Marinewesen. Ich begreife nicht, wozu eine große Anzahl fremdländischer Marineure hier in dieser Kommission vertreten ist, um nach einer Flotte zu suchen, die wir doch längst nicht mehr besitzen. Während nun die Aufgabe dieser Kommission gewesen wäre, dafür Sorge zu tragen, daß die Ablieferung von Waffen und Munition, soweit sie in Händen des Staates sind, durchgeführt werde, beobachten wir, daß während der Tätigkeit dieser Kommission ununterbrochen ein Waffenschmuggel und ein Schieben von allen möglichen Kriegsgeräten in das Ausland stattfindet. Ja, es macht sogar den Eindruck, als ob diese Republik Deutschösterreich nichts anderes geworden ist, als ein Zentralisationspunkt für die Verschiebung von Waffen zum Kampfe gegen Rußland, gegen die Tschecho-Slowakei und einige andere Länder. Die Regierung sowie die Organe der Regierung sind niemals — zu mindest können wir uns nicht eines einzigen Falles erinnern — diesem Waffenschmuggel auf den Grund gekommen. Wenn jemals etwas entdeckt worden ist, war es durch den viel verlästerten Arbeiterrat oder durch irgend welche sozialdemokratische Eisenbahner, die irgend einen dieser Waffenschmuggel aufgedeckt haben. Die beschlagnahmten Sendungen sind zum großen Teile wieder freigegeben worden.

Ich will Ihnen an der Hand nur einiger Beispiele ganz konkret beweisen, daß es nicht so gewesen sein kann, daß die Organe der Regierung davon gar keine Ahnung gehabt haben, sondern, daß hier mehr oder weniger in einem stillen Einverständnisse gehandelt wurde. Es sind zum Beispiel im November vorigen Jahres nach Ungarn sechs Waggons Materialien gegangen, angeblich Teile von Schrapnells, die dazu bestimmt waren — nach Aussage der Regierungsorgane — in Ungarn eingeschmolzen zu werden. Diese waren fein säuberlich

in Papier gepackt, und zwar jeder Teil für sich besonders. Ich kann nun nicht annehmen, daß sich die Herren zum Einschmelzen die Mühe genommen haben, jedes einzelne Stück in Papier zu verpacken, um es dann dort wieder zurückzuverwandeln. Es ist vielmehr ganz klar und deutlich, daß diese sechs Waggons nichts anderes als zerlegte Kriegsgegenstände enthielten, die eben dann dort wieder zusammengestellt wurden.

Abgesehen davon, daß die interalliierte Heereskommission auch darauf hätte aufmerksam werden müssen, wissen wir ganz genau, daß durch die Tätigkeit dieser interalliierten Heereskommission besonders in den ersten Monaten auch unsere Wirtschaft schwer leiden mußte. Wir haben Fälle, wo in den Hauptdepots zum Beispiel auch ganze Waggons Leder, ganze Waggons Schuhe, kurz und gut alle möglichen Rohmaterialien, die unsere Industrie zu ihrem Aufbau unbedingt notwendig brauchte, als Kriegsmaterial beschlagnahmt wurden. Trotz langwieriger Verhandlungen war es nicht möglich, auch nur einen Teil dieser Sachen freizubekommen. Die Folgeerscheinungen waren teilweise sogar Reduzierungen mehrerer Betriebe. So hat die interalliierte Heereskommission die Maschinen für die Schaftfabrikation, die wir zur Herstellung von Jagdgewehren unbedingt brauchen, bis vor kurzem immer als Kriegsmaterial beschlagnahmt. Die Folge war, das viele Hunderte von Arbeitern entlassen werden mußten, da die Fabrikation nicht fortgesetzt werden konnte. Die Firma Leinkauf hat — und ich möchte das hier besonders festnageln — denn sicher kann das nicht so einfach geschehen, ohne daß nicht irgend ein Organ davon Kenntnis bekommt, Waggons Militärschuhe unter falscher Deklaration nach Polen gesandt und erst durch die Beschlagnahme durch den Arbeiterrat ist auch diese Art der Verschiebung aufgedeckt worden. Es ist außer jedem Zweifel, daß der Staat Millionenverluste erlitten hat.

Nun hat die Regierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Handhabe zur Durchführung des V. Teiles des Friedensvertrages sein soll. Ich will mich nur mit dem Teile beschäftigen, der von Waffen und Munition, also von direktem Kriegsgeräte handelt. Ich glaube nicht, daß die Regierung imstande sein wird, in dieser Beziehung das Gesetz durchzuführen. Sie kann es gar nicht imstande sein, weil wir seit Monaten den Beweis haben, daß in den Ländern draußen die Landesregierungen, die alle der Partei, die die Regierung berufen hat, sehr nahe stehen, selbst an dem Waffenschmuggel, an der Verteilung der Gewehre und vor allen Dingen an der Anlegung von geheimen Magazinen von Gewehren und Munition beteiligt sind. Wir haben viele Beweise in der Hand, daß immer wieder da und dort Magazine entdeckt werden, daß die Fäden sehr nahe bis zu den höchsten Organen der Landesregierungen laufen und daß der Waffenschmuggel von Bayern herüber und hinüber in großzügiger Weise floriert. Die interalliierte Heereskommission würde ihrer Pflicht sehr nachkommen, wenn sie einmal draußen in den Ländern Nachschau nach den vielen geheimen Waffenlagern hielte, in denen Waffen lediglich zu dem Zwecke aufgestappelt sind, um gegebenenfalls bei einem Bürgerkrieg verwendet zu werden. Wir haben es gerade vor kurzem in Oberösterreich erlebt, daß sich ein früherer Adeliger sehr damit beschäftigt, Heimwehren aufzustellen, daß Transporte von Munition aus Bayern sowie aus Österreich auf seinen Gütern eingelangt sind und dort aufbewahrt werden. Die Regierung wird gar nicht so leicht imstande sein, alle die Waffen und all die Munition zu erfassen, wie es der Herr Berichterstatter erklärt hat. Sie wird es deswegen nicht imstande sein, weil bestimmte Funktionäre selbst mittätig sind, die Waffen unter die Bevölkerung zu verteilen. Es wird also die Aufgabe der Regierung sein, endlich einmal klipp und klar auszusprechen, ob wirklich der V. Teil in der Form durchgeführt werden kann, daß die Regierung auch gegen ihre eigenen Parteigänger, die heute in den Ländern Heimwehren und alles mögliche gründen, sich also mit Waffen versehen *(Ruf: Auch die Arbeiterwehren!)* — bringen Sie uns Beweis dafür — den Mut aufbringt, nunmehr die Strafen dieser Gesetzesvorlage, falls sie Gesetz wird, zur Anwendung zu bringen. Ich möchte jedenfalls noch einmal darauf hinweisen, daß die Art und Weise, mit der heute die Bewaffnung eines Teiles der Bevölkerung vor sich geht, für die arbeitende Bevölkerung auf die Dauer unerträglich sein wird. Ich möchte mich hier meinem Freunde Deutsch anschließen, der von dieser Stelle aus schon einmal gesagt hat: Wenn Sie die Bewaffnung des Volkes wünschen, dann stehen wir als Vertreter des arbeitenden Volkes auf dem Standpunkt, daß alle die Waffen erhalten. Dann wollen wir aber nicht, daß geheime Magazine zu dem Zwecke angelegt werden, um gegebenenfalls gegen die Arbeiterschaft losgehen zu können, sondern dann wollen wir, daß entweder alles entwaffnet oder alles bewaffnet wird. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Danneberg. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Danneberg:** Hohes Haus! Das Gesetz, das uns heute vorliegt, versucht eine Definition des Begriffes — „Kriegsmaterial". Ich möchte nur wünschen, daß es der Regierung gelingt, klarzustellen und durchzusetzen, das Kriegsmaterial wirklich nur das ist, was hier als Kriegs-

material definiert wird. Das Gesetz kommt ja einigermaßen spät, da die Zerstörung des Kriegsmaterials bereits vor fünf oder sechs Wochen praktisch begonnen hat. So wie jetzt der Begriff des Kriegsmaterials von den Herren der Entente gedeutet wird, geschehen die sinnlosesten Zerstörungen in Österreich, die man sich überhaupt denken kann.

Ich möchte mir erlauben, dem Hause einiges darüber mitzuteilen, was auf dem großen Flugfelde von Wiener-Neustadt jetzt vor sich geht. Schon die Art, wie dort Zerstörungen vollführt werden, ist etwas, was geradezu Grauen erregen muß. Es gibt auf dem Flugfelde von Wiener Neustadt eine ganze Menge von Flugzeugen und es sind in den Fabriken dort noch viele Motoren, die seinerzeit für die Flugzeuge bestellt gewesen und nicht mehr zur Ablieferung gelangt sind. Obwohl nun nach der Meinung vieler Fachleute diese Motoren ohneweiters umgearbeitet werden könnten, um zum Beispiel als Bootsmotoren oder für Lichtmaschinen zu dienen, müssen sie zerstört werden. Man begnügt sich aber nicht mit einer einfachen Demontierung, sondern es sind dort Leute am Werk — ich habe es selbst mit eigenen Augen gesehen — die all das planmäßig zerschlagen müssen. Und dabei geschieht das noch so, daß neues Material dabei verwendet werden muß. Wenn man zum Beispiel eine Kurbelachse unbrauchbar machen will, so würde es genügen, wenn man mit einem Hammer darauf schlägt. Denn wenn auch nur eine sehr kleine Verletzung entsteht, die man nicht einmal mit freiem Auge sehen kann, ist diese Kurbelachse ohnedies nicht mehr verwendbar. Was geschieht aber in Wirklichkeit? Da werden Glühöfen aufgestellt, da muß Kohle verwendet werden, die Achsen werden hineingegeben, sie müssen glühend heiß gemacht und dann zerbrochen werden. *(Hört! Hört!)* Auf diesem Wege werden die Maschinen, die seinerzeit erzeugt worden sind, zerstört, so daß dabei noch neues Material für diese Zerstörung verwendet werden muß. Es ist ja nicht unbegreiflich und erscheint mir wenigstens selbstverständlich, daß sich viele Arbeiter geweigert haben, ein solches Zerstörungswerk überhaupt zu leisten. Denn man kann ihnen nachempfinden, daß es für die Arbeiter förmlich degradierend wirken muß, wenn solche kunstvoll erzeugte Apparate, die auch für die Friedensarbeit verwendet werden könnten, nunmehr auf Geheiß der Entente zerstört werden müssen.

Aber was noch merkwürdiger und unerfreulicher ist, ist folgendes: Auf dem Flugfelde von Wiener-Neustadt steht eine Reihe von Gebäuden, die großen Hangars, die dort während des Krieges für die Flugzeuge erbaut worden sind, Depots, Ausrüstungsstellen usw. Alle diese großen Gebäude, lauter moderne Häuser, die während des Krieges entstanden sind, Betonbauten mit großen Eisenkonstruktionen sollen jetzt auf Wunsch der Entente zerstört werden. Diese Gebäude sind während des Krieges nicht vom Staate, sondern von der Gemeinde Wiener-Neustadt auf ihre Kosten errichtet worden. Die Gemeinde hat damals geglaubt, daß das Flugfeld von Wiener-Neustadt nicht nur für Kriegszwecke, sondern auch später im Frieden als eine Flugstation Geltung haben werde und hat daher diese ganzen Investitionen gemacht. Die Gebäude haben nicht weniger als sechs Millionen Kronen verschlungen, was damals, 1916/17, ein sehr großer Betrag gewesen ist. Diese Gebäude sind heute sicher ein Vielfaches, vielleicht 200 Millionen Kronen wert. Diese ungeheuer großen Gebäude — ich habe Bilder von allen diesen Häusern hier — wären für neue Fabriken vortrefflich geeignet. Es haben sich auch schon Unternehmer gefunden, die sich um diese Gebäude bewerben wollen. Diese Gebäude wären auch als große Lagerhäuser außerordentlich geeignet. Die Eisenbahn führt in alle diese Häuser hinein, die Anlagen sind also auf das Beste vorbereitet und all das soll jetzt auf Geheiß der Entente zerstört und die großen Eisengerüste sollen nach Frankreich geführt werden. Noch mehr, meine Herren! Es stehen auf diesem Flugfelde von Wiener-Neustadt alte Mannschaftsbaracken. Die Mannschaftsbaracken hat die Gemeinde Wiener-Neustadt im Frühjahre des Jahres 1919 von der Sachdemobilisierung um einen Betrag von 160.000 K erworben. Sie hat eine halbe Million investiert und hat aus diesen Baracken Notwohnungen gemacht; es wohnen jetzt 47 Familien in diesen Baracken. Auch diese sollen nun zerstört und niedergerissen werden *(Hört! Hört!)*, weil sie einmal Soldaten als Wohnstätten gedient haben, und 47 Familien sollen nun in einer Stadt, die ohnehin an außerordentlicher Wohnungsnot leidet, einfach obdachlos werden. Wenn das wirklich geschehen sollte, meine Herren, wäre es kein Wunder, wenn nicht nur diese 47 Parteien dort, sondern die ganze Bevölkerung der Umgebung die hellste Empörung packt. Man redet fortwährend vom Wiederaufbau und man redet uns fortwährend zu, wir sollen wiederaufbauen, und die Hilfe der Entente besteht, an diesem Beispiel gezeigt, darin, daß man Häuser, die für Fabriken geeignet wären, ja daß man vorhandene Wohnungen einfach zerstören will. Wenn wir uns vorstellen, meine Herren, was es heute kostet, für die 47 Parteien Notwohnungen neu herzustellen, so müssen wir uns sagen: das ist eine Summe von vielen Millionen, die da erforderlich ist. Niemand hat heute die Mittel — die Gemeinden vor allem haben keine Mittel — um Notwohnungen wiederherzustellen, und vorhandene Wohnungen sollen nun zerstört und abgerissen werden. Das ist so sinnwidrig, daß man doch meinen sollte, daß, wenn das der breitesten Öffentlichkeit nur mitgeteilt wird,

die Herren der Entente es sich doch überlegen müssen, was sie da eigentlich einem Lande und einer Bevölkerung zumuten.

Ich möchte aber dennoch an die Regierung das besondere und dringende Ersuchen stellen, daß sie, was in ihren Kräften liegt, tut, um den Herren der Entente im letzten Augenblicke begreiflich zu machen, daß eine Zerstörung dieser Depots und Hangars, die so ausgezeichnet für neue Betriebe oder für Häuser geeignet wären, und daß eine Zerstörung dieser Notwohnungen doch das Sinnloseste und Ungerechteste ist, was man sich überhaupt denken kann und daß von einer solch sinnwidrigen Maßnahme Abstand genommen werden muß. Ich hoffe, das hohe Haus ist sich darüber einig, daß solche Vorgänge etwas darstellen, was einfach unbegreiflich ist, und daß alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um wenigstens im letzten Augenblick das Ärgste an diesen Zerstörungen hintanzuhalten. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Ich erkläre die Debatte für geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Berichterstatter Dr. **Buresch:** Hohes Haus! Den größten Raum während der Verhandlungen des Ausschusses nahmen die Besprechungen darüber in Anspruch, was als Kriegsmaterial zu erklären sei. Wir waren uns dessen wohl bewußt, daß, wenn der Begriff Kriegsmaterial weit ausgelegt, wenn ein Begriff gewählt wird, der so dehnbar ist wie Kautschuk, dann darunter eigentlich alles zu verstehen ist, was auf dem Boden von Deutschösterreich steht. Während des Krieges war eigentlich die ganze Bevölkerung mobilisiert, es war jede Gewerbetätigkeit in den Dienst des Krieges gestellt worden. Würde man sagen, daß als Kriegsmaterial alles dasjenige anzusehen ist, das auch nur dem Kriege dienen konnte und gedient hat, dann müßte eigentlich auch der Schreibtisch im Ministerium für Heereswesen als Kriegsmaterial erklärt werden.

Wir sind uns aber dessen bewußt gewesen, daß unsere Unterhändler und diejenigen, welche den Friedensvertrag von Saint-Germain unterschrieben haben, wohl die Entwaffnung Österreichs haben durchführen wollen, nicht aber die Beraubung Österreichs von allen denjenigen Dingen, welche notwendig sind, um den Wiederaufbau des Staates zu fördern. Aus diesem Grunde hat denn auch der Ausschuß, nachdem verschiedene Dinge vorgebracht worden sind, die in der letzten Zeit sich zugetragen haben und die heute durch die Ausführungen des Dr. Danneberg ergänzt worden sind, beschlossen, den Begriff Kriegsmaterial auf dasjenige einzuschränken, was tatsächlich in unmittelbarer Beziehung zum Kriege steht. Wir sind uns, hohes Haus, dessen bewußt, daß die Auslegung des Vertrages zum großen Teile in der Hand derer gelegt worden ist, die von der Entente hieher entsendet worden sind. Wir wissen, daß bezüglich der Auslegung große Meinungsunterschiede bestehen zwischen denjenigen Herren, welche Vertreter der Militärbehörden des Auslandes sind, und denen, welche Vertreter der Zivilbehörden des Auslandes sind. Wir wissen auch, daß gerade diejenigen, welche Vertreter der ausländischen Militärbehörden sind, in diesem Falle es in der Regel an dem nötigen Entgegenkommen fehlen lassen. Wir müssen es mit Bedauern konstatieren, daß in den meisten dieser Fragen von den Vertretern der ausländischen Militärs Forderungen gestellt worden sind, welche dem Geiste des Vertrages sicher nicht entsprechen. Ich bin überzeugt, daß die Regierung, welche in diesen Fragen wiederholt eingeschritten ist, es dahin bringen wird, daß unsere Auffassung von Kriegsmaterial schließlich zu derjenigen erhoben wird, welche als dem Geiste des Vertrages entsprechend alleinige Anwendung finden soll.

Es ist von Seiten des Herrn Abgeordneten Baumgärtel vorgebracht worden, daß die interalliierten Militärkommissionen, welche hier zur Überwachung der Ablieferung, zur Überwachung der Entwaffnung des Staates anwesend sind, dem österreichischen Staate überaus schwere materielle Opfer auferlegen. Tatsache ist, daß die Seestreitkräfte Österreichs, das Material an Schiffen usw., welches Österreich abzuliefern hat, nach Artikel 141 des Friedensvertrages als bereits endgültig den alliierten und assoziierten Hauptmächten ausgeliefert erklärt wird, übrigens kein Wunder, nachdem Österreich, abgesehen von der Donau, auf welcher zur Zeit des Zusammenbruches zufällig kein Monitor stationiert war, kein Gewässer besitzt, auf dem irgendein Schiff noch schwimmt. Die im Vertrage gewollte Entwaffnung Österreichs, die Ablieferung der Schiffe und aller derjenigen Dinge, welche mit dem Marinewesen zusammenhängen, ist bereits vollzogen. Gleichwohl ist immer noch eine militärische interalliierte Marinekommission hier im Lande vorhanden, welche dem Staate überaus viel Geld kostet. Die Mitglieder dieser Kommissionen werden nach den Gehaltssätzen entlohnt, welche sie draußen im Auslande beziehen. Begreiflicherweise sind es nach Umrechnung in unsere Valuta oft Millionenbeträge, welche ein einzelner oft nur subalterner Beamter oder Offizier bezieht. Es haben von seiten der Regierung, wie mir mitgeteilt wurde, wiederholt Verhandlungen darüber stattgefunden, diese Arbeiten endlich abzukürzen und es wurde mir mitgeteilt, daß Ende März dieses Jahres die Tätigkeit des Heeresüberwachungsausschusses und damit hoffentlich auch die Tätigkeit der interalliierten Überwachungskommission, die nichts mehr zu überwachen haben wird, ihr Ende finden

wird. Die Entente muß, wenn sie den Wiederaufbau, wenn sie das Zustandekommen besserer Finanzen in Österreich fördern will, in diesem Belangen dem Staate insoweit entgegenkommen, daß sie nicht durch eine überflüssige Ausdehnung der vexatorischen Maßregeln dem Staate mehr Geld abnimmt, als notwendig ist und als dem Geiste des Vertrages von Saint Germain entspricht.

Was die Wegbringung der Waffen anbelangt, welche von seiten eines Abgeordneten hier besprochen worden ist, so möchte ich wohl darauf hinweisen, daß die Waffen den Ententekommissionen abgeliefert werden und daß es nicht in der Hand der Staatsregierung ist, irgendeinen Einfluß auszuüben, wohin diese Waffen gelangen. Es wird manchmal der Fall sein, daß Waffen an einen Ort gebracht werden, wo deren Verwendung dem Staatsinteresse Österreichs widerstreiten kann; doch hat die österreichische Regierung leider in diesem Belange keinen Einfluß. Die Entwaffnung soll nach dem Vertrage durchgeführt werden und wir sind bereit, die Entwaffnung im Sinne des Vertrages tatsächlich vollziehen zu lassen. Wir haben nichts dagegen, daß die Entwaffnung durchgeführt wird, wenn sie eine allgemeine ist. In diesem Sinne bitte ich, die Regierungsvorlage anzunehmen.

**Präsident:** Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung. Ein Gegenantrag ist nicht gestellt worden.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche die §§ 1 bis einschließlich 11 sowie Titel und Eingang des Gesetzentwurfes annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Damit ist dieser Gesetzentwurf in zweiter Lesung erledigt.

Es ist mir ein Antrag der Herren Abgeordneten Dr. Danneberg, Domes, Schiegl, Sever, Widholz und Genossen auf Herabsetzung der Einkommensteuer *(132 der Beilagen)* überreicht worden. Wenn von keiner Seite eine Einwendung erhoben wird, werde ich diesen Antrag dem Finanz- und Budgetausschusse zuweisen. *(Nach einer Pause:)* Es wird keine Einwendung erhoben, die Zuweisung ist daher genehmigt.

Ich schreite zum Schlusse der Sitzung und beantrage die nächste Sitzung für Freitag, den 14. Jänner, 11 Uhr vormittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Dritte Lesung des Bundesgesetzes zur Durchführung des Artikels 184 und des V. Teiles des Staatsvertrages von Saint-Germain.

2. Bericht des Verfassungsausschusses, betreffend das Auslieferungsbegehren des Bezirksgerichtes St. Pölten gegen den Abgeordneten Heinrich Schneidmadl wegen Übertretung des § 3, respektive 19 des Gesetzes vom 15. November 1867, R. G. Bl. Nr. 135 *(126 der Beilagen)*.

3. Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten über die Vorlage der Bundesregierung *(45 der Beilagen)*, betreffend ein Bundesgesetz wegen Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1883, R. G. Bl. Nr. 83, über die Evidenzhaltung des Grundsteuerkatasters *(123 der Beilagen)*.

4. Bericht des Verfassungsausschusses über die Vorlage der Bundesregierung *(14 der Beilagen)* über den Vertrag zwischen der tschechoslowakischen Republik und der Republik Österreich über Staatsbürgerschaft und Minderheitsschutz *(124 der Beilagen)*.

Zur Tagesordnung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Bauer zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Bauer:** Hohes Haus! Wegen der unwahren und provokatorischen Bemerkungen, die der Herr Bundeskanzler am Schlusse seiner heutigen Erklärung gegenüber den Postangestellten gemacht hat, beantrage ich, über die heutige Erklärung des Herrn Bundeskanzlers die Debatte zu eröffnen und diese Debatte als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen.

**Präsident:** Das hohe Haus hat den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Bauer gehört. Ich bitte, die Plätze einzunehmen, wir werden zur Abstimmung über diesen Antrag schreiten.

*(Nach einer Pause:)* Ich bitte nunmehr diejenigen Damen und Herren, die dem Antrage des Herrn Abgeordneten Otto Bauer, daß als erster Punkt der Tagesordnung für die übermorgige Sitzung die Debatte über die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers in der heutigen Sitzung gestellt werde, zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das ist die Minderheit und abgelehnt. Sonst ist gegen meinen Vorschlag eine Einwendung nicht erhoben worden, es bleibt daher bei meinem Vorschlage.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 4 Uhr 35 Minuten nachmittags.

Österreichische Staatsdruckerei. 50121